



Geschäftsführung Ausschuss Schule und Weiterbildung

Herr Bernecker

Telefon: (0221) 221-29251

Fax: (0221) 221-29241

E-Mail: hans-michael.bernecker@stadt-koeln.de

Datum: 12.05.2015

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 27.04.2015, 16:00 Uhr bis 19:50 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

| | |
|------------------------------------|-----------|
| Herr Dr. Nils Helge Schlieben | CDU |
| Herr Franz Philippi | SPD |
| Frau Birgitta Nessler-Komp | CDU |
| Frau Inge Halberstadt-Kausch | SPD |
| Herr Bürgermeister Dr. Ralf Heinen | SPD |
| Herr Dr. Walter Gutzeit | CDU |
| Frau Anne Hauser | CDU |
| Frau Ulrike Kessing | GRÜNE |
| Herr Horst Thelen | GRÜNE |
| Herr Heiner Kockerbeck | DIE LINKE |
| Frau Svenja Rabenstein | GRÜNE |
| Frau Stefanie Ruffen | FDP |

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

| | |
|---------------------|--------------|
| Frau Erika Oedingen | SPD-Fraktion |
|---------------------|--------------|

Beratende Mitglieder

| | |
|---------------------------|---|
| Herr Wolfram Baentsch | auf Vorschlag der Alternative für Deutschland |
| Frau Lisa Hanna Gerlach | auf Vorschlag der Piraten |
| Frau Hildegard Fuhrmann | auf Vorschlag der SPD |
| Frau Dagmar Naegele | auf Vorschlag der SPD |
| Frau Angelika Riedel | auf Vorschlag der CDU |
| Herr Dr. Klaus Zimmermann | auf Vorschlag der CDU |
| Frau Bärbel Hölzing | auf Vorschlag der Grünen |
| Herr Gerson Wirth | auf Vorschlag der Grünen |

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 0 Verpflichtung sachkundiger Einwohner/innen
- 0.1 Präsentation "Abschlussbericht i-Pad-Projekt"
- 1 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 2.1 Frühere Anfragen
- 2.1.1 Beantwortung der Anfrage AN/0177/2015:
Schulleiter-Mangel an Grundschulen
0808/2015
- 2.1.2 Beantwortung der Fragen aus der Vorlage: AN/0407/2015,
Baulicher Zustand der Gemeinschaftsgrundschule Porz-Mitte
0738/2015
- 2.1.3 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus der Sitzung des Ausschusses
Soziales und Senioren vom 27.11.2014 (TOP 4.2)
0531/2015
- 2.1.4 Mensen in weiterführenden Schulen mit gebundenem Ganzttag
1114/2015
- 2.1.5 Geschützte dienstliche E-Mail-Adressen für Lehrerinnen und Lehrer
0722/2015
- 2.1.6 Beantwortung der Anfrage AN 0404/2015:
Kita- und Schulplätze für Flüchtlinge
1092/2015
- 2.1.7 Offener Brief der Schulpflegschaft des Albertus-Magnus-Gymnasiums an die
Politik und die Verwaltung der Stadt Köln
Beantwortung einer mündlichen Nachfrage aus der Sitzung des Ausschusses
Schule und Weiterbildung vom 09.03.2015, TOP 5.8
1259/2015

2.2 Neue Anfragen

2.2.1 Gesamtschulplätze im Stadtbezirk Rodenkirchen AN/0616/2015

Gesamtschulplätze im Stadtbezirk Rodenkirchen
1222/2015

2.2.2 Durchführung von 1.Hilfe-Kursen an Schulen AN/0593/2015

Beantwortung der Anfrage AN/0593/2015:
Durchführung von 1. Hilfe Kursen an Schulen
1238/2015

2.2.3 IT-Infrastruktur und Digitales in der Kölner Weiterbildung AN/0668/2015

Beantwortung der Anfrage der Partei „Piraten“ zum Thema
„IT-Infrastruktur und Digitales in der Kölner Weiterbildung“
1263/2015

2.2.4 Organisation der Netzwerkbetreuung an Kölner Schulen AN/0669/2015

Organisation der Netzwerkbetreuung an Kölner Schulen
1255/2015

2.2.5 Ablehnung an Gesamtschulen angemeldeter Kinder AN/0670/2015

2.2.6 Auslagerung der Willy-Brandt-Gesamtschule AN/0688/2015

2.2.7 Reparaturmaßnahmen in Schulen AN/0701/2015

3 **Anträge gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

3.1 Lärm- und Immissionsschutz an der Grundschule Ottostraße AN/0718/2015

3.2 Lärmschutz Paul-Klee-Schule Ottostraße AN/0716/2015

4 Vorlagen der Verwaltung

- 4.1 Auslaufende Schließung der Kolkrabenschule,
Förderschule Lernen Kolkrabenweg ab dem Schuljahr 2015/16
0142/2015
- 4.2 Errichtung eines Neubaus mit Dreifeldsporthalle für die Gesamtschule Nippes
am Standort Ossietzkystr., Köln-Longerich
Baubeschluss
0034/2015
- 4.3 Schulorganisatorische Maßnahmen am Schulstandort Rosenzweigweg -
Schließung der Förderschule Lernen bei gleichzeitiger Errichtung eines
Teilstandortes der Wilhelm-Leyendecker-Schule zum Erhalt des regionalen
Angebotes
0783/2015
- 4.4 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für die
GGs Kretzerstr.5-7, 50733 Köln
0946/2015
- 4.5 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für die Ganztags-
betreuung auf dem Schulgrundstück der KGS Osterather Str. 13, 50739 Köln
0955/2015
- 4.6 Grundsatz-/Planungsbeschluss zur Errichtung eines
- Gymnasiums für 3 Züge SI und 5 Züge SII mit 3-fach Turnhalle am Standort
Zusestr./Kölner Str. in Köln-Lövenich und einer
-Gesamtschule für 6 Züge SI und 5 Züge SII mit 1-fach Turnhalle und 3-fach
Turnhalle am Standort Wasseramselweg/Girlitzweg in Köln-Vogelsang
1033/2015
- 4.7 Offene Ganztagschule im Primarbereich -
bedarfsgerechter Ausbau auf 27.900 Plätze
0759/2015

5 Mitteilungen

- 5.1 Abschlussbericht der Universität zu Köln zum iPad-Projekt an Kölner Schulen
0669/2015
- 5.2 Engagement von Kölner Sportvereinen im Offenen Ganztage -
ein Sachstandsbericht
0591/2015
- 5.3 Planungsstand zum Neubau des Schulgebäudes Willy-Brandt-Gesamtschule,
Im Weidenbruch 214 in 51061 Köln-Höhenhaus
0631/2015

5.4 Anmeldezahlen an den weiterführenden Schulen zum Schuljahr 2015/2016
1165/2015

6 Anfragen

7 Verschiedenes

II. Nichtöffentlicher Teil

8 Gleichstellungsrelevante Themen

9 Mitteilungen

10 Personalien

10.1 Besetzung der Stelle Schulleiter/in an der Katharina-Henoth-Gesamtsschule,
Adalbertstr. 17 in 51103 Köln-Höhenberg
0832/2015

10.2 Besetzung der Stelle Rektor/in der KGS Gutnickstraße in 50769 Köln-
Roggendorf
1003/2015

11 Anfragen

12 Verschiedenes

I. Öffentlicher Teil

0 Verpflichtung sachkundiger Einwohner/innen

Verpflichtet werden

-Frau Kellinghaus-Klingberg als sachkundige Einwohnerin für die **Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik** und nicht stimmberechtigtes Mitglied des Ausschusses für Schule und Weiterbildung gem. § 58 Abs. 3 Satz 1 der Gemeindeordnung und

-Frau Stefanie Esser auf Vorschlag der katholischen Kirche als nicht stimmberechtigtes beratendes Mitglied des Ausschusses für Schule und Weiterbildung gem. § 58 Abs. 3 Satz 5 der Gemeindeordnung in Verbindung mit § 85 Abs. 2 Satz 2 des Schulgesetzes Nordrhein-Westfalen.

0.1 Präsentation "Abschlussbericht i-Pad-Projekt"

Zu Beginn der Sitzung stellt Herr **Professor Dr. Bresges von der Universität Köln** den **Abschlussbericht zum iPad-Projekt** (TOP 5.1, Mitteilung 0669/2015) vor, wobei auch andere Tablet-PCs von der Untersuchung mit in den Blick genommen wurden (vgl. Anlage 1). Er erklärt, dass auch Gesamtschulen aus strukturschwachen Gebieten Teil der Untersuchung waren. Die Einführung der iPads in einer dieser Schulen hat bis Projektende nicht die Reife erreicht, die für einen abschließenden Fitnessstest vorausgesetzt wird

Frau Naegele, sachkundige Einwohnerin (SPD), möchte wissen, ob und inwiefern die Geräte fördernd im Bereich der Inklusion einsetzbar sind.

Herr Dr. Bresges antwortet, dass die Arbeit mit iPads und Tablets den Lehrer/innen ermögliche, sich mehr auf Schüler/innen mit besonderem Förderbedarf zu konzentrieren. Die Geräte fördern das Lernen im eigenen Tempo. Er appelliert an die Verwaltung, bei der Beschaffung der Geräte die Barrierefreiheit im Auge zu behalten.

Frau Oedingen, sachkundige Einwohnerin (SPD), möchte wissen, ob es für Lehrer/innen einen Pool für Unterrichtssoftware gibt, aus dem man sich bedienen kann.

Herr Dr. Bresges weist darauf hin, dass man bei der Stadt Köln das Angebot „ucloud@school“ nutzt, um eine Datenbank mit entsprechenden Unterrichtsvorschlägen aufzubauen.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen, SPD-Fraktion, fragt, was für ein Konzept von den interessierten Schulen erwartet wird und wer den Support für das Konzept erbringen soll. Darüber hinaus bittet er um die Gewährleistung, dass die Schnittstellen zu den landesweiten Plattformen (logineo etc.) bereitgestellt werden.

Herr Dr. Bresges erinnert daran, dass bereits bei der Auswahl der Projektschulen ein ausgearbeitetes Konzept vorgelegt werden musste, das neben pädagogischen Ideen auch umsetzbare Überlegungen zur Administration und Verteilung enthielt.

Frau Schoer ergänzt, dass die Medienkonzepte von der Medienberatung im Kompetenzteam beurteilt wurden.

Herr Pannes, sachkundiger Einwohner (Die Linke), bemängelt, dass die Konzepte ohne Beteiligung der Schüler/innen erstellt wurden, die nach seiner Vermutung zu Beginn des Projektes ihr Vorwissen über die neuen Medien hätten mit einbringen können.

Herr Dr. Bresges antwortet, dass man bei der Planung die Vorgaben und Bedarfe der Schulen zu Grunde legte, weil das Land sich vor allem am Output des Unterrichtes orientiert.

Frau Artmann, sachkundige Einwohnerin (FDP), empfand es als Teilnehmerin am Projekt als Bereicherung, dass sie selbst noch von den Schüler/innen lernen konnte. Bei künftigen Projekten müsse die Fortbildung von Lehrer/innen mehr in den Vordergrund gestellt werden.

Herr Dr. Bresges erinnert daran, dass Lehrer/innenfortbildung die Aufgabe der Bezirksregierung ist. Eine engere Zusammenarbeit sei in diesem Bereich – insbesondere im Hinblick auf die Inklusion- wünschenswert.

Frau Riedel, sachkundige Einwohnerin (CDU), möchte wissen, ob neben der Prüfung der Fachkompetenz auch die Sozialkompetenz und die Lehrer/innenkompetenz evaluiert wurden. Sie fragt den Referenten, ob man die Geräte für die Dauer der Schulzeit auch zur Nutzung zu Hause zur Verfügung stellen sollte. Außerdem bittet sie um eine Stellungnahme, ob er eine homogene Ausstattung mit iPads oder eine heterogene Ausstattung auch mit anderen Systemen empfiehlt.

Herr Dr. Bresges stellt dar, dass die Schulform der Berufskollegs eher eine heterogene Ausstattung mit Geräten nach den Anforderungen des jeweiligen Berufes erfordere. Für die übrigen Schulformen seien dagegen homogene Plattformen besser, weil sonst neue, technische, Barrieren in der Klasse entstehen. Das wäre schade, weil im

Übrigen die Sozialkompetenz von Schüler/innen und Lehrer/innen durch Tablet-Nutzung gut ausgebildet wird: Das Tablet war schon immer als Kommunikationswerkzeug gedacht und mit der Präsentation steigt auch der Wert der sozialen Interaktion. Mit dem Einsatz von iPads steigt auch die Zusammenarbeit in den Gruppen, beispielsweise beim Austausch von Ergebnissen, was zu besseren Testergebnissen führte. Für die am Versuch beteiligten Lehrer/innen war das Tablet eine Chance zur Verwirklichung neuer Ideen, die funktioniert hat. Die Lehrer/innen vernetzen sich besser und bilden einen Pool von Pädagog/innen mit guten Ideen. In Köln hat sich der Aufbau eines Sozialfonds zur Unterstützung sozial schwächer gestellter Eltern bewährt. Das setzt die Mitfinanzierung durch andere voraus. Zu vermeiden ist eine Schulumgebung, in der nur derjenige die besten Leistungen erbringt, der das beste Gerät besitzt. Er empfiehlt, ein eigenes Gerät zum Mitnehmen nach Hause zur Verfügung zu stellen.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), weist darauf hin, dass „bring your own device“ nur mit genauen Vorgaben von der Schule für gleiche Geräte mit gleicher Konfiguration (Betriebssystem und Updates) funktionieren kann. Die Verwaltung müsse an die Bezirksregierung appellieren, dass mehr Fortbildungen zum Thema angeboten werden.

Herr Dr. Bresges sieht es als Aufgabe des Schulträgers an, dass eine Umgebung geschaffen wird, in welcher die Schüler/innen geschützt sind vor schädlichen Inhalten aus dem Internet und vor Datenmissbrauch. Er bevorzugt für die Mehrzahl der Schulen ein homogenes System. Er warnt davor, die Schüler/innen den ganzen Tag vor das iPad zu setzen. Man solle miteinander gemeinsam Lösungen entwickeln und zur Ermittlung bestimmter Informationen das Gerät hinzuziehen, es dann aber auch wieder weglegen.

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, möchte wissen, ob das Gerät strukturiertes Lernen unterstützen kann. Außerdem fragt er, ob neben den naturwissenschaftlichen Fächern auch für die anderen Fächer Anwendungsmöglichkeiten bestehen.

Herr Dr. Bresges bestätigt, dass in der Auswertung die Vorteile überwiegen. Er kann sich weitere Anwendungsgebiete insbesondere in den ergebnisoffenen musischen und sprachlichen Fächern vorstellen. Dabei lassen sich Lernprodukte mit anhaltendem Wert gestalten.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN hat von einer Schule in Kopenhagen gehört, die nur mit Tablets arbeitet. Daraus resultieren ganz andere Vorgaben an den Schulbau. Viele Räume würden dadurch überflüssig, was auch geringere Baukosten bedeute.

Herr Dr. Bresges bestätigt, dass für Schulen, die Unterricht mit Tablets machen, leichtere Schulgebäude mit weniger Trennwänden gebaut werden können, was die Installation von W-LAN erheblich erleichtert. Deshalb bittet er den Schulträger, für künftige Bauten nur Firmen zu beauftragen, die sich mit der Einrichtung von W-LAN auskennen. Heute verwende man beim Bau von Bürocontainern eher viel Glas und Rigips-Platten.

Herr Goss, Stadtschulpflegschaft, befürchtet, dass die Eltern die iPad-Projekte finanzieren müssten. Auf der didacta sei er erschrocken gewesen, dass Lehrer/innen die Geräte lieber annehmen, seitdem es die vom Overhead-Projektor bekannte Abdeckfunktion digital auch für Tablets gibt. Daher befürchtet er, nun alten Wein in neuen Schläuchen vorgesetzt zu bekommen.

Herr Dr. Bresges sieht es als menschlich an, dass man Hilfsmittel brauche, um neue Entwicklungen anzuerkennen. Mit der Gewöhnung würde die Abdeckerei sich erübrigen, aber die Akzeptanz des Gerätes steigt dadurch. Er gehe davon aus, dass die Geräte mindestens für den Aufenthalt in einer Stufe technisch aktuell bleiben. Im Rahmen des untersuchten Projektes mussten die Eltern nichts zuzahlen, weil die

Hard- und Software sowie Infrastruktur von der Stadt Köln angeschafft wurde. Frau Dr. Klein bedankt sich bei Herrn Dr. Bresges für die Zusammenarbeit. Wichtig sei ein Konzept der Schulen als Voraussetzung zur Gestellung von iPads, wobei weitere Finanzierungsmodelle im Hinblick auf die Haushaltssituation der Stadt Köln zu prüfen sind. Dabei stelle sich auch die Frage, ob beim Arbeiten mit den modernen Medien nicht die über die Lehrmittelfreiheit finanzierten Schulbücher entbehrlich werden. Die Schulministerien in Bund und Land wurden mehrfach vom Städtetag aufgefordert, Konzepte für die IT-Fortbildung von Lehrer/innen zu prüfen und zu entwickeln.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Frühere Anfragen

2.1.1 Beantwortung der Anfrage AN/0177/2015: Schulleiter-Mangel an Grundschulen 0808/2015

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

2.1.2 Beantwortung der Fragen aus der Vorlage: AN/0407/2015, Baulicher Zustand der Gemeinschaftsgrundschule Porz-Mitte 0738/2015

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

2.1.3 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 27.11.2014 (TOP 4.2) 0531/2015

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

2.1.4 Mensen in weiterführenden Schulen mit gebundenem Ganztags 1114/2015

Frau Artmann, sachkundige Einwohnerin (FDP), ist erschrocken darüber, dass es in 26 von 40 Schulen (Gymnasien, Real- und Hauptschulen) nur provisorische Lösungen zur Versorgung mit Mittagessen gibt. Sie möchte wissen, wie lange diese Schulen bereits mit Provisorien arbeiten und wie lange sie diese noch behalten werden.

Frau Dr. Klein relativiert, dass auch in den Provisorien die bestehenden Standards, wie Hygienestandards eingehalten werden.. Der Ersatz der Provisorien erfolgt beispielsweise bei den Gymnasien in der Regel im Rahmen der derzeit geplanten und in Teilen bereits in Ausführung befindlichen größeren Baumaßnahmen, z.B. zur Zugänglichkeitserweiterung. Frau Dr. Klein gibt überdies zu bedenken, dass derzeit bereits rd.

60% der weiterführenden Schulen im gebundenen Ganztags geführt werden. Frau Hauser, sachkundige Bürgerin (CDU), fragt nach, ob die Einrichtung von Mensen in Schulen abhängig ist vom Kriterium des gebundenen Ganztages.

Frau Dr. Klein verneint dies und weist darauf hin, dass alle Schulen im weiterführenden Schulbereich Mensen erhalten, auch Schulen, die derzeit im Halbtags geführt werden.

Frau Artmann möchte wissen, ob man beabsichtige, das „Cook and Chill“-Verfahren einzuführen, bei welchem Gerichte zu 80% frisch gekocht werden und vor Ort zu 100% hochgekocht werden, wodurch Testberichten zu Folge ein gesünderes Essen entstehe.

Frau Dr. Klein erklärt, dass an den Schulen verschiedene Systeme im Einsatz sind, wobei das „Cook and Chill“-System aus Ihrer Sicht perspektivisch das Modell der Zukunft ist.

Frau Artmann fragt nach, ob es in Köln bereits Schulen gebe, an denen dieses System eingesetzt werde.

Frau Dr. Klein bestätigt dies und sagt eine Auflistung zur nächsten Sitzung zu.

Herr Goss, Stadtschulpflegschaft, bittet für zukünftige Aufstellungen darum, dass man neben der Straße der Schule jeweils auch den Schulnamen nenne, damit man einzelne Schulen leichter finden kann.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), regt an, bei künftigen Mensabauten die technischen Möglichkeiten für das „Cook and Chill“ Verfahren unmittelbar mit einzuplanen.

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

2.1.5 Geschützte dienstliche E-Mail-Adressen für Lehrerinnen und Lehrer 0722/2015

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

2.1.6 Beantwortung der Anfrage AN 0404/2015: Kita- und Schulplätze für Flüchtlinge 1092/2015

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, möchte wissen, ob an den Gymnasien noch zusätzliche Möglichkeiten zur Unterbringung von Flüchtlingskindern bestehen. Ihn interessiert, wie die Verteilung auf die verschiedenen Schulen erfolgt.

Frau Dr. Klein antwortet, dass zunächst festgestellt wird, wo der größte Bedarf für die Kinder von zugewanderten Familien –unabhängig von deren Rechtsstatus- besteht. Auf dieser Grundlage werden die vorhandenen räumlichen Kapazitäten an den vorhandenen Schulen geprüft. Mit den Vertreter/innen der Bezirksregierung wird dann abgestimmt, dass die Klassen auch während des laufenden Schuljahres eingerichtet werden können.

Frau Kirsch vom Schulamt weist darauf hin, dass die Haupt- und Realschulen überproportional Schüler/innen von zugewanderten Familien aufnehmen.

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

**2.1.7 Offener Brief der Schulpflegschaft des Albertus-Magnus-Gymnasiums an die Politik und die Verwaltung der Stadt Köln
Beantwortung einer mündlichen Nachfrage aus der Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung vom 09.03.2015, TOP 5.8
1259/2015**

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

2.2 Neue Anfragen

**2.2.1 Gesamtschulplätze im Stadtbezirk Rodenkirchen
AN/0616/2015**

**Gesamtschulplätze im Stadtbezirk Rodenkirchen
1222/2015**

Herr Dr. Schlieben erklärt, dass allen Politikern bekannt sei, dass es Bedarf an zusätzlichen Gesamtschulplätzen in der Stadt Köln gebe. Es sei aber wichtig, die Gesamtschulkapazitäten dort zu schaffen, wo sie benötigt werden. Bei genauerer Analyse der Übersicht über fehlende Gesamtschulplätze könne man aus der Liste entnehmen, dass im Bezirk Rodenkirchen 122 Gesamtschüler/innen abgewiesen wurden. Tatsächlich habe aber jedes Rodenkirchener Kind, das einen Platz an einer Gesamtschule haben wollte auch einen Platz an einer Gesamtschule bekommen. Die 122 abgewiesenen Schüler/innen stammten aus anderen Bezirken oder dem benachbarten Umland. Eine solch aufschlussreiche Aufstellung wünsche er sich auch für die anderen Stadtbezirke als Basis für die weiteren Planungen.

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, nimmt auf die Ausführungen in der Antwort Bezug, wonach die Bewertung zwingend die **Kommunalgrenzen** überschreiten müsse. Er fragt in diesem Zusammenhang, ob die Verwaltung bereits im Hinblick auf die neuen Vorgaben für Kinder mit einem Wohnsitz außerhalb Kölns tätig geworden ist.

Frau Dr. Klein bittet darum, die Formulierung nicht mit dem Ratsbeschluss zu § 46 Abs. 6 Schulgesetz zu verwechseln. Dieser regelt, dass Schülerinnen und Schüler, die in ihrer Wohnsitzgemeinde eine Schule der von ihnen gewählten Schulform besuchen könnten, nur dann an einer Kölner Schule aufgenommen werden dürfen, wenn dies die Aufnahmekapazität an der gewünschten Schule zulässt.. Im hier in Frage stehenden Zusammenhang wäre die Formulierung „Stadtbezirksgrenzen“ richtiger: Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), schließt sich dem an und möchte ein ausgewogenes Verhältnis der Schulformen erreichen, die vor Ort tatsächlich gebraucht werden.

Frau Dr. Klein bittet darum, nicht zu vergessen, dass die bisher im Ausschuss erörterten und in Teilen bereits beschlossenen Zügigkeitserweiterungen an den be-

stehenden Gymnasien umgerechnet einem Umfang von rund 3 neue Gymnasien entsprechen. Das Augenmerk liege somit nicht ausschließlich auf dem Bau von Gesamtschulen.

Frau Ruffen bittet darum, in beide Richtungen weiterzuplanen.

Frau Kessing, sachkundige Bürgerin (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), freut es, dass man im Ausschuss über das Denken in Bezirksgrenzen hinweg gekommen ist.

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

2.2.2 Durchführung von 1.Hilfe-Kursen an Schulen AN/0593/2015

Beantwortung der Anfrage AN/0593/2015: Durchführung von 1. Hilfe Kursen an Schulen 1238/2015

Frau Ruffen, (FDP), hatte noch keine Gelegenheit, sich die Antwort genauer anzusehen und bittet darum, die Antwort in der nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung zu nehmen.

2.2.3 IT-Infrastruktur und Digitales in der Kölner Weiterbildung AN/0668/2015

Beantwortung der Anfrage der Partei „Piraten“ zum Thema „IT-Infrastruktur und Digitales in der Kölner Weiterbildung“ 1263/2015

Frau Gerlach, sachkundige Einwohnerin (Die Piraten), ist überrascht darüber, dass nur die Volkshochschule als Weiterbildungseinrichtung benannt ist und wünscht sich weitere Informationen auch zu anderen Weiterbildungseinrichtungen.

Herr Schüller, Amt für Weiterbildung, weist darauf hin, dass die Weiterbildung in der Stadtbibliothek, in den Bürgerzentren und in den Bürgerhäusern in der Kürze der Zeit nicht zusammen getragen werden konnte und man sich deshalb zunächst auf die Darstellung der Angebote der Volkshochschule konzentriert habe. Sobald die Informationen aus den anderen Bildungseinrichtungen vorliegen, werde man diese nachreichen.

**2.2.4 Organisation der Netzwerkbetreuung an Kölner Schulen
AN/0669/2015**

**Organisation der Netzwerkbetreuung an Kölner Schulen
1255/2015**

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

**2.2.5 Ablehnung an Gesamtschulen angemeldeter Kinder
AN/0670/2015**

**2.2.6 Auslagerung der Willy-Brandt-Gesamtschule
AN/0688/2015**

Frau Halberstadt-Kausch, SPD-Fraktion, bittet darum, die Antwort insbesondere im Hinblick auf die Möglichkeit zur Beschleunigung des Bauvorhabens auch an den Betriebsausschuss der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln in der kommenden Woche bekannt zu geben.

**2.2.7 Reparaturmaßnahmen in Schulen
AN/0701/2015**

**3 Anträge gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der
Bezirksvertretungen**

**3.1 Lärm- und Immissionsschutz an der Grundschule Ottostraße
AN/0718/2015**

Herr Dr. Schlieben schlägt vor, die beiden Anträge unter TOP 3.1 und TOP 3.2 nach einer Information über die geführten Gespräche durch die Verwaltung gemeinsam zu beraten und anschließend einzeln abstimmen zu lassen.

Frau Dr. Klein bedauert es, dass man vor der Diskussion um das Außengelände vergisst, dass hier für rund 13 Millionen Euro eine schöne und große neue Schule nebst Kita gebaut wurde. Zuletzt wurde durch die Eltern vorgeschlagen, den Schulhof zu drehen und diesen auf dem derzeitigen Parkplatz des Albertus-Magnus-Gymnasiums einzurichten, während die Autos an der Verkehrsader geparkt werden sollen. Die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln hat diese Alternative bereits vor einiger Zeit intensiv geprüft und zurück gewiesen:

„Nach Prüfung durch die Gebäudewirtschaft ist ein Tausch des AMG Parkplatzes gegen den Schulhof der GGS leider nicht realisierbar. Nach Abzug der erforderlichen Erschließungsfläche für Müllabfuhr, Feuerwehr und Schulbusverkehr verbleibt eine zu beplanende Fläche für die Schulhofnutzung, die ca. 30% kleiner ist als die aktuelle Schulhoffläche, die erforderliche Außenfläche von ca. 5m² pro Schüler ist somit nicht mehr nachweisbar. Darüber hinaus ist die Erschließung des Schulhofbereiches für

PKW- Verkehr sehr ungünstig. Die Erschließung über die Wöhler Str. ist zu klein um

Gegenverkehr zu ermöglichen. Die Erschließung über den Vorplatz des AMG, vorbei an den Fahrradstellplätzen, entlang der Autobahn, stellt im Bereich der Fahrradstellplätze ein Unfallrisiko dar. Daher wird dieser Bereich zurzeit auch ausschließlich von

Radfahrern und Fußgängern genutzt und ist explizit für den PKW-Verkehr gesperrt.“

Ein erneuter Prüfauftrag würde ein ähnliches Ergebnis erzielen. Nach Ostern habe Frau Dr. Klein in kleinem Kreise vor Ort überlegt, welche kurzfristige Lösung zur Verbesserung der Situation möglich wäre, und schlägt nun den Eltern vor, den Bereich zwischen Mauer und Zaun mit einer optimalen, abwechslungsreichen und zugleich schnellwachsenden Bepflanzung zu begrünen, Die gewünschte Wuchshöhe von bis zu 4m kann teilweise bereits in 2 Jahren erwartet werden. Der Lückenschluss zwischen Mauer und Einfahrt Tunnel soll als geschlossenes Zaunelement (aus Metall oder L-Steinelement) in lückenloser Verlängerung der Mauer in gleicher Höhe geschlossen werden. Die Kosten der zusätzlichen Maßnahme (Mehrkosten) betragen rund 12.000 Euro.

Herr Pannes, sachkundiger Einwohner (Die Linke), kann nicht erkennen, ob die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln tatsächlich den Vorschlag der Eltern zur Drehung des Geländes geprüft habe. Eine Kombination beider Vorschläge müsste summenmäßig ausreichen. Alles andere sei Flickschusterei.

Frau Dr. Klein wiederholt, dass die Drehung geprüft wurde und nicht realisierbar sei.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), ist sich sicher, dass bei einer phantasievollen Betrachtung und anderer Aufteilung der Flächen eine Drehung möglich sein muss. Feuerwehrezufahrten, Lieferzufahrten und ähnliches seien auch an anderen Schulen außerhalb der Unterrichtszeiten über die Schulhöfe geplant worden. Dass eine Feuerwehrezufahrt Schulhoffläche reduziert, sei nicht nachvollziehbar. Es gibt ein Gutachten aus dem letzten Jahr, das zu dem Ergebnis kommt, dass eine begrünte Wand die Situation nicht verbessern könne. Wenn man dies nun trotzdem ausprobieren möchte und nach einem Jahr –außerhalb des Winters, wenn die Begrünung fehlt- erneut messen soll, dann ist ein weiteres Jahr verloren, um dann unter Umständen festzustellen, dass die Maßnahme nicht ausreicht. Dies sei unzumutbar. Es sei ein Planungsfehler gemacht worden, ggf. bereits im Wettbewerbsverfahren, dass man einen Schulhof an die Autobahn legt und den Parkplatz und den Stellplatz für die Mülltonnen in den Eingangsbereich davor. Dazu müsse man stehen und den Fehler nun richtig beheben.

Herr Kockerbeck, Fraktion DieLinke, fragt nach, ob der zitierte Prüfbericht der Gebäudewirtschaft bisher noch nicht schriftlich vorgelegt wurde und bittet darum, dieses nachzuholen. Außerdem bittet er um die Benennung der möglichen Alternativen, sowie der jeweiligen Kosten.

Frau Dr. Klein widerspricht dem Vorwurf, dass ein Planungsfehler vorliege. Zudem sei darauf hinzuweisen, dass die Schulleitung und die Elternvertretung im Wettbewerbsverfahren beteiligt wurden

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, appelliert daran, unter Berücksichtigung des Haushaltes eine praktikable und mehrheitsfähige Entscheidung zu fällen. Das nicht schriftlich vorliegende Gutachten der Gebäudewirtschaft wurde ausführlich zitiert und sei kein Grund zur Aufschiebung einer Entscheidung. Auch die Aufstellung der Kosten wurde in der Vergangenheit bereits vorgelegt. Die hohen Kosten der gewünschten Mauer waren ein Grund für die Ablehnung dieser Alternative. Er plädiert dafür, den gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und seiner Fraktion anzunehmen und nach einem Jahr nachzumessen. Er geht fest davon aus, dass der Lückenschluss tatsächlich entsprechende Verbesserungen erzeugt. Sollte das nicht so sein, so müsse man in einem Jahr die notwendigen Maßnahmen treffen, um eine nachhaltige Verbesserung zu erzielen.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, warnt davor, gegen die Auskünfte der Verwaltung fehlende Rettungswege und andere Vorgaben mit Phantasie zu umgehen. Auch er bittet darum, sich dem gemeinsamen Antrag seiner Fraktion mit CDU und Bündnis 90/Die Grünen anzuschließen.

Frau Nesseler-Komp, CDU-Fraktion, sieht den gemeinsamen Antrag als einen Kompromiss als Einstieg in die Problemlösung. Sie fragt nach, ob aktuell noch die Möglichkeit einer Bepflanzung besteht.

Frau Dr. Klein antwortet, dass man derzeit noch die Pflanzung ergänze.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), sieht vor diesem Hintergrund den Antrag unter TOP 3.1 als überflüssig an, da er zum aktuellen Handeln der Verwaltung lediglich noch eine Nachmessung verlange. Sie verlangt die schriftliche Vorlage der Prüfung der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln mit allen Skizzen der geprüften Alternativen einer Drehung. Die mündliche Aussage, es sei alles intensiv mit allen möglichen Alternativen geprüft worden, reicht ihr nicht aus. Mülltonnen dürften ihres Wissens nicht mehr öffentlich sichtbar vor einem Gebäude aufgestellt werden, sondern müssten ggfs. eingehaust werden. Wenn Herr Thelen Informationen darüber besitze, dass eine Begrünung doch bessere Ergebnisse erreichen könne, dann müssten auch alle bisher vorgelegten Gutachten in Frage gestellt werden, weil diese bisher etwas anderes aussagten. Ein wirksamer Schutz durch Bepflanzung sei höchstens durch Immergrün denkbar. Sonst könne man nur im Sommer einen positiven Effekt messen. Deshalb wird sie dem Vorschlag der Verwaltung und des Antrages unter TOP 3.1 nicht zustimmen.

Herr Pannes, sachkundiger Einwohner (Die Linke), erklärt, dass ein Gutachten benötigt werde, das sowohl den Parkplatz des Albertus-Magnus-Gymnasiums, als auch die Flächen der Grundschule gemeinsam betrachte und Kombinationsmöglichkeiten prüfe.

Frau Dr. Klein liegt eine Liste der Bepflanzung vor. Es handelt sich um ungiftige Pflanzen, darunter auch immergrüne Pflanzen aber auch solche, die im Herbst Laub abwerfen.

Frau Rabenstein, Bündnis90/Die Grünen, schlägt ergänzend vor, dass sich die Schulleitungen zusammensetzen und über eine Mitnutzung des Schulhofes des Albertus-Magnus-Gymnasiums unterhalten, das nur an 3 Tagen Nachmittagsunterricht hat.

Herr Dr. Schlieben lässt im Anschluss über beide Anträge nacheinander separat abstimmen.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird aufgefordert, die Lücke in der Mauer des Geländes am

Tunnelmund durch eine feste Anlage zu schließen und mit einer Hecke zu begrünen.

2. Die Verwaltung wird gebeten, in einem angemessenen Zeitpunkt (etwa in einem Jahr) nach Schließung der Lücke und Begrünung durch eine Hecke über den gesamten Bereich an drei Messpunkten, die mit der Schule vereinbart werden sollten, und zu drei Zeitpunkten (morgens, mittags und nachmittags) neue Lärm- und Feinstaubmessungen durchzuführen.
3. Die Verwaltung möge im Blick auf die gewünschte Temporeduzierung auf der K 4 darstellen, welchen Einfluss eine Temporeduzierung auf die Lärm- und Schadstoffemissionen hat.

Abstimmungsergebnis:

Mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der Fraktion Die Linke mehrheitlich zugestimmt.

3.2 Lärmschutz Paul-Klee-Schule Ottostraße AN/0716/2015

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob es angesichts der bestehenden Lärmproblematik möglich ist, den Schulhof der Paul-Klee-Schule Ottostraße auf der Fläche, die derzeit als Parkplatz genutzt wird, unterzubringen und den Parkplatz auf die Fläche des Schulhofs zu verlegen, nötigenfalls auch unter Einbeziehung und gegebenenfalls entsprechender Umgestaltung der Parkfläche des unmittelbar benachbarten Albertus-Magnus-Gymnasiums. Sie wird gebeten darzustellen, unter welchen Bedingungen ein solcher Tausch möglich wäre, welche Kosten dadurch entstünden und wie der Zeit-/Maßnahmenplan für diese Verlegung aussehen könnte.
2. Die Verwaltung wird gebeten, an drei Messpunkten und zu drei Zeitpunkten (morgens, mittags und nachmittags) neue Lärm- und Feinstaubmessungen durchzuführen. Die Ergebnisse und die Handlungsempfehlung der Verwaltung sind dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung noch vor der Sommerpause vorzulegen.
3. Die Verwaltung möge alle bislang gesammelten Daten zu Feinstaub- und Lärmwerten (aus Messungen und Simulationen) zusammenfassen, aus Sicht des Amtes für Schulentwicklung, des Gesundheitsamtes und des Umweltamtes bewerten lassen und der Politik noch vor der Sommerpause eine abgestimmte Verwaltungsmeinung vorlegen.

Abstimmungsergebnis:

Mit den Stimmen der FDP-Fraktion und der Fraktion Die Linke gegen die Stimmen SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der mehrheitlich **abgelehnt**.

4 Vorlagen der Verwaltung

4.1 Auslaufende Schließung der Kolkrabenschule, Förderschule Lernen Kolkrabenweg ab dem Schuljahr 2015/16 0142/2015

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln wie folgt zu entscheiden:

- 1) Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) in Verbindung mit § 81 Abs. 3 SchulG die auslaufende Schließung der Kolkrabenschule, Förderschule Lernen Kolkrabenweg 8-10 50829 Köln-Ehrenfeld ab dem 31.07.2015.
- 2) Die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses wird gem. § 80 Abs. 2 Ziff. 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.2 Errichtung eines Neubaus mit Dreifeldsporthalle für die Gesamtschule Nippes am Standort Ossietzkystr., Köln-Longerich Baubeschluss 0034/2015

Frau Kessing, sachkundige Bürgerin (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), möchte wissen, ob mittlerweile die Baugenehmigung erteilt wurde.

Frau Dr. Klein wird dies klären. Nach den ihr vorliegenden Informationen liege die Planung im Zeitplan.

Frau Hauser, sachkundige Bürgerin (CDU), hat eine Nachfrage zu Seite 4 der Vorlage: Dort lese sie erstmals „Der ab 2016 geplante Interimsstandort auf dem Marktplatz an der Schlackstraße in Köln-Longerich wird im Hinblick auf diese zeitlichen Risiken so ausgelegt, dass dieser über das Schuljahr 2016/2017 hinaus genutzt werden könnte.“. Da die Longericher diesen Marktplatz an 2 Tagen wöchentlich intensiv als Einkaufsmöglichkeit nutzen, möchte sie wissen, wie das nebeneinander umgesetzt werden soll und wie lange das Provisorium aufrecht erhalten werden soll.

Herr Konrads erklärt, dass die Gesamtschule Nippes im Jahre 2016 mit den ersten Kursen in die Oberstufe gehe und dann Erweiterungsbedarf habe. Auf einem Drittel des Marktplatzes werde man in Abstimmung mit dem Marktamt dafür ein Provisorium errichten.. Um alle möglichen Probleme zu berücksichtigen, wurde vereinbart, dass die Schule dort notfalls über den 01.08.2017 hinaus verbleiben könnte. Derzeit sei man aber im Plan.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu entscheiden:

„Der Rat genehmigt den Entwurf und die Kostenberechnung für den Neubau eines Schulgebäudes mit Dreifeldsporthalle für die Gesamtschule Nippes am Standort

Ossietzkystr. 2 in 50737 Köln-Longerich nach EnEV 2014 mit Gesamtkosten in Höhe von brutto rund 43,6 Mio € (einschließlich rd. 4,1 Mio € für die Ausstattung und Einrichtung inkl. Großküchenausstattung) und beauftragt die Verwaltung mit der Submission und Baudurchführung.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die aus dem städtischen Haushalt zu finanzierenden Verrechnungsmehrkosten (ehemals Miete Gebäudewirtschaft) inklusive der Nebenkosten i.H.v. jährlich rd. 1.711.000,0 € sind ab 2017 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 16, sonstiger ordentlicher Aufwand zu veranschlagen.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.3 Schulorganisatorische Maßnahmen am Schulstandort Rosenzweigweg - Schließung der Förderschule Lernen bei gleichzeitiger Errichtung eines Teilstandortes der Wilhelm-Leyendecker-Schule zum Erhalt des regionalen Angebotes
0783/2015**

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner (CDU), hält es für sinnvoll, möglichst viele Förderschulen -auch mit ihren Teilstandorten- zu erhalten.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln wie folgt zu entscheiden:

- 1) Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) in Verbindung mit § 81 Abs. 3 SchulG die auflösende / ad hoc Schließung der Förderschule Lernen Rosenzweigweg 3, 50696 Köln-Zollstock zum 31.07.2015.
- 2) Gleichzeitig beschließt der Rat der Stadt Köln gemäß § 81 Abs. 2 SchulG in Verbindung mit § 81 Abs. 3 SchulG die Bildung eines Teilstandortes der Wilhelm-Leyendecker-Schule, Förderschule Lernen Leyendecker Straße 20-22, 50825 Köln-Ehrenfeld am Standort Rosenzweigweg 3, 50696 Köln-Zollstock ab dem 01.08.2015.
- 3) Der Rat der Stadt Köln beschließt, die unbefristete, kommunale Stelle Schulsozialarbeit der Förderschule Lernen Rosenzweigweg zunächst weiterhin am Teilstandort Rosenzweigweg zu belassen.
- 4) Die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses wird gem. § 80 Abs. 2 Ziff. 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.4 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für die GGS Kretzerstr.5-7, 50733 Köln
0946/2015**

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

„Der Rat der Stadt Köln beschließt die Planungsaufnahme (bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI) zum Abriss des ehemaligen Hausmeisterhauses und zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für die GGS Kretzerstr. 5-7, 50733 Köln zur Erfüllung des Raumprogramms für eine dreizügige Grundschule.

Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich die Planung und Kostenermittlung aufzunehmen und voranzutreiben.

Der Planung ist das in der Anlage aufgeführte Raumprogramm zu Grunde zu legen (Anlage 1).

Entwurfs- und konstruktionsbedingte Abweichungen sind zulässig.

Die Planungskosten bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI belaufen sich nach vorläufiger Kostenschätzung auf rd. 313.000 €. Die aus dem städtischen Haushalt zu finanzierenden Planungskosten sind im Haushaltsjahr 2016 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zu berücksichtigen.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.5 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für die Ganztagsbetreuung auf dem Schulgrundstück der KGS Osterather Str. 13, 50739 Köln
0955/2015**

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, hat in der Vorlage gelesen, dass an dieser Stelle noch weitere Schulplätze entstehen könnten und möchte wissen, wo genau das sein soll.

Herr Konrads erklärt, dass an diesem Standort vorhandene Fertigbauten in modularer Bauweise ersetzt werden sollen. Durch Verlagerung von Ganztagsräumen aus dem Gebäude in die Module lassen sich weitere Unterrichtsräume schaffen, da das Grundstück groß genug ist.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

„Der Rat der Stadt Köln beschließt die Planungsaufnahme (bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI) zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für die Ganztagsbetreuung in modularer Bauweise für die Katholische Grundschule Osterather Str. 13, 50739 Köln.

Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich die Planung und die Kostenermittlung aufzunehmen und voranzutreiben. Der Planung ist das in der Raumliste aufgeführte Raumprogramm zu Grunde zu legen (Anlage 1). Entwurfs- und konstruktionsbedingte Abweichungen sind zulässig.

Die Planungskosten bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI belaufen sich nach vorläufiger Kostenschätzung auf rund 200.000 Euro. Die aus dem städtischen Haushalt

zu finanzierenden Planungskosten sind im Haushaltsjahr 2016 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zu berücksichtigen.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.6 Grundsatz-/Planungsbeschluss zur Errichtung eines - Gymnasiums für 3 Züge SI und 5 Züge SII mit 3-fach Turnhalle am Standort Zusestr./Kölner Str. in Köln-Lövenich und einer -Gesamtschule für 6 Züge SI und 5 Züge SII mit 1-fach Turnhalle und 3- fach Turnhalle am Standort Wasseramselweg/Girlitzweg in Köln- Vogelsang 1033/2015

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), will die Vorlage für ihre Fraktion unterstützen, fragt aber nach, warum man keine **2** Dreifachturnhallen **mit** Tribünen baut. Außerdem fehlen ihr eigene Büros für die Stufenkoordinatoren beim Gymnasium.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, möchte wissen, wann der Wettbewerb stattfinden wird oder ob es ein Gutachterverfahren gibt. Im Hinblick auf das zum i-Pad-Projekt Gesagte bittet er darum, vor einem Wettbewerb oder Gutachterverfahren eine Grundsatzentscheidung zur technischen Entwicklung zu fällen, dass künftig an Stelle von je 2 Informatikräumen große Selbstlernzentren mit integrierten PCs geplant werden sollten.

Herr Kockerbeck, Fraktion DieLinke, erklärt, dass auch seine Fraktion der Vorlage zustimmen wird. Er bittet die Verwaltung, frühzeitig die Anbindung an den ÖPNV zu verbessern.

Frau Riedel, sachkundige Einwohnerin (CDU), ergänzt den Antrag von Herrn Thelen, dass man zukünftig bei Schulplanungen auch die W-LAN-Fähigkeit der Gebäude von Anfang an mit berücksichtigen sollte.

Frau Dr. Klein erklärt, dass die beiden geplanten Schulen 2019 ans Netz gehen sollen, da bereits heute ein dringender Bedarf besteht und die positive Bevölkerungsentwicklung in Köln weiter anhält. Größere, zeitintensive Wettbewerbsverfahren sind in diesem Zeitplan nicht möglich. Daher werden die neuen Schulen voraussichtlich keine Architekturpreise gewinnen aber eine gute Qualität zur Deckung der Nachfrage wird möglich sein. Für diese und ähnliche Schulbauten wurde eine Projektarbeitsgruppe gebildet, in welcher rd. 10 städtische Dienststellen vertreten sind und in enger Abstimmung mit dem Ziel arbeiten, eine Beschleunigung von Bau- und Planungsprozessen zu erreichen. ..

Tribünen werden in Schulturnhallen nur dann errichtet, wenn kein anderes adäquates Angebot im Bezirk vorhanden ist.

Herr Konrads bestätigt, dass eine entsprechende Abstimmung mit der Sportverwaltung erfolgt. Der Grundsatz, dass man auf Tribünen verzichtet, wo ein vergleichbares Angebot vorhanden ist, wurde vor 2 Jahren in Zusammenhang mit der Standardreduzierung so abgestimmt und führt zu einer Einsparung von 1 Million Euro. Neue Schulgebäude werden schon jetzt komplett verkabelt und mit W-LAN versehen.

Frau Dr. Klein ergänzt, dass die Erschließung der beiden Standorte durch den ÖPNV parallel erfolgt. Räume für Stufenkoordinatoren sind bei den Gymnasien nach dem Raumprogramm nicht vorgesehen.

Frau Artmann, sachkundige Einwohnerin (FDP), bittet darum zu prüfen, ob auch an den Gymnasien eigene Räume für Stufenkoordinatoren möglich sind und ein Lehrer-arbeitsraum zusätzlich zum Lehrerzimmer geschaffen werden kann.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

„Der Rat der Stadt Köln beschließt die Planungsaufnahme (bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI) zur Errichtung:

1. eines Gymnasiums für 3 Züge der Sekundarstufe I (SI) und 5 Züge der Sekundarstufe II (SII) mit rd. 700 Schülerinnen und Schülern mit 3-fach Turnhalle ohne Tribüne am Standort Zusestr./Kölner Str. in Köln-Lövenich und
2. einer Gesamtschule für 6 Züge SI und 5 Züge SII mit rd. 1.250 Schülerinnen und Schülern mit 1-fach Turnhalle und 3-fach Turnhalle mit Tribüne am Standort Wasseramselweg/Girlitzweg in Köln-Vogelsang.

Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich die Planungen und Kostenermittlungen aufzunehmen und voranzutreiben.

Den Planungen ist das in den Raumlisten aufgeführte Raumprogramm (Anlagen 1 und 2) zu Grunde zu legen. Entwurfs- und konstruktionsbedingte Abweichungen sind zulässig.

Die Planungskosten bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI belaufen sich nach vorläufiger Kostenschätzung für

1. das Gymnasium Zusestr./Kölner Str. in Köln-Lövenich auf 2.222.000 € und
2. die Gesamtschule Wasseramselweg/Girlitzweg in Köln-Vogelsang auf 5.833.804 €

Diese aus dem städtischen Haushalt zu finanzierenden Planungskosten werde voraussichtlich für

1. Gymnasium Zusestr./Kölner Str. in Köln-Lövenich im Haushaltsjahr 2015 mit 371.000 €, in 2016 mit 1.111.000 € und 2017 mit 740.000 €
2. Gesamtschule Wasseramselweg/Girlitzweg in Köln-Vogelsang im Haushaltsjahr 2015 mit 400.000 €, in 2016 mit 600.000 €, in 2017 mit 2.416.902 € und in 2018 mit 2.416.902 €

ergebniswirksam und sind im Haushaltsplan 2015 im Rahmen des Veränderungsnachweises im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zu berücksichtigen.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.7 Offene Ganztagschule im Primarbereich - bedarfsgerechter Ausbau auf 27.900 Plätze 0759/2015

Herr Dr. Schlieben schickt voraus, dass mit dieser Vorlage 1.400 Plätze in Ergänzung zum Beschluss aus dem letzten Jahr geschaffen werden sollen, sodass wegen 1000

bisher nicht besetzten Plätzen ab August dieses Jahres 2.400 zusätzliche Plätze im Offenen Ganztage besetzt werden könnten. Die Erhöhung der Zuschüsse des Landes für den Offenen Ganztage um 1,5 % wird ungeschmälert an die Träger weitergegeben. Auch die Stadt erhöht ihren kommunalen Pflichtanteil um 1,5 %, verringert gleichzeitig aber ihren freiwilligen Anteil um 1,5 %, sodass die städtische Unterstützung gleich bleibt.

Frau Dr. Klein erklärt, dass mit den zusätzlichen Plätzen eine Versorgungsquote von 78 % erreicht wird. Im Vergleich zu Köln könne Düsseldorf zwar frühzeitig Bescheide erteilen, wer einen Ganztagsplatz erhalte, erhöhe aber gleichzeitig seine Plätze nicht. Bescheide über die zugeteilten Plätze sind erst möglich, wenn die Landesfinanzierung schriftlich beschieden wurde. Rückwirkend vom 01.02. bis zum 31.07. werden rund 202.500 Euro zusätzliche Landesmittel an die Träger gezahlt, ab dem 01.08. nochmals 451.000 Euro, sodass im Haushaltsjahr 2015 insgesamt 653.500 Euro zusätzlich ausgezahlt werden und im Haushaltsjahr 2016 rund 900.000 Euro.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, möchte wissen, wie viel % das im Jahre 2015 mehr ergibt und möchte wissen, ob die Auszahlung der zum 01.02. rückwirkenden Zahlung erst zum 01.08. erfolgt.

Frau Gorklo-Blameuser erklärt, dass sich die Erhöhung der Landesmittel um 1,5 % auf das Schuljahr 2014/2015 beziehe, wobei diese nur für das 2. Halbjahr gezahlt wird. Die Erhöhung wirkt sich somit nur zur Hälfte aus. Zum 01.08.2015 wird es eine weitere Erhöhung um 1,5 % geben und in den Folgejahren jeweils zum 01.08. ebenfalls.

Herr Thelen fragt nach, ob man vorhabe, die Elternbeiträge zu erhöhen. Viele Schulen, darunter viele Förderschulen, lägen bei einer Versorgungsquote um die 50%. Ihn interessiert, wie man die unterversorgten Bereiche verbessern kann.

Frau Dr. Klein bestätigt, dass durch den neuen Landeserlass die Elternbeiträge erhöht werden können (die Obergrenze wurde von 150 Euro auf 170 Euro angehoben), was man auch vorhabe. Eine entsprechende Satzung wird in die Haushaltsberatung mit eingebracht und bei den vorgelegten Zahlen mit eingerechnet. Der Bedarf beispielsweise in Chorweiler konnte mit Hilfe von Motivationsarbeit der Sozialraumkoordination, mit freien Trägern usw. bereits deutlich von vormals 35% erhöht werden. Der Bedarf wird jeweils auf der Grundlage jährlicher konkreter Abfragen bei den Schulen ermittelt.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), bittet darum, die Qualität des offenen Ganztages nicht aus den Augen zu verlieren.

Herr Kockerbeck, Fraktion DieLinke, meint, dass sich ein Zielkonflikt ergibt durch die Erhöhung der Plätze im offenen Ganztage bei zu geringer Mittelserhöhung für das benötigte Personal, das öfters falsch eingruppiert wird. Durch das teilprivatisierte Verfahren entstünden im offenen Ganztage unwürdige Beschäftigungsverhältnisse. Im Rahmen der Haushaltsberatungen wird seine Fraktion Alternativvorschläge zur Finanzierung einbringen. Gleichzeitig werde seine Fraktion die Erhöhung der freiwilligen kommunalen Mittel entsprechend der Erhöhung des Pflichtanteils zur Erhöhung der Gehälter des Personals fordern.

Herr Pannes, sachkundiger Einwohner (Die Linke), hat errechnet, dass nach den vorhandenen Flächen noch 1000 Plätze mehr eingerichtet werden könnten als in der Aufstockung beantragt. Raumkapazität sei demnach noch vorhanden. Zu möglichen

Bauprogrammen von Bund und Land würde er sich mehr Informationen wünschen, was diese für ihre Einleitung voraussetzen.

Frau Dr. Klein bezweifelt, dass sich die Qualität zu Lasten des städtischen Haushaltes steigern lässt. Die Piraten hatten im Landtag eine Anfrage gestellt, zu welcher die Stadt Köln eine schriftliche Stellungnahme abgegeben hat, die weitgehend der Position des Städtetages entsprach (vgl. Anlage 2). Danach benötigt der offene Ganztags schon lange eine gesetzliche Grundlage, die das Land Nordrhein-Westfalen erlassen müsste, in welcher die Qualität hinreichend beschrieben ist. Die Stadt Köln finanziert freiwillig zusätzlich 19 Millionen Euro für den offenen Ganztags. In Bezug auf Räume geht die Verwaltung davon aus, dass die Schulen alle vorhandenen Räume auch für den Ganztags nutzen. Grenzen ergeben sich bei den Küchenkapazitäten, da maximal 3 Schichten zur Verteilung des Essens in einer zumutbaren Zeit möglich sind. Für zusätzliche Bauprojekte stünden bei der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln derzeit gar keine Personalkapazitäten zur Verfügung, sodass eine Teilnahme an zusätzlichen Bauprogrammen zur Ganztagsenerweiterung an Grundschulen derzeit gar nicht möglich wäre.

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, möchte wissen, welche Möglichkeiten es gibt, eine möglichst hohe Versorgungsquote für den offenen Ganztags zu erreichen.

Frau Nesseler-Komp, CDU-Fraktion, hat in der Vorlage gelesen, dass die höchsten Versorgungsquoten überwiegend in den Stadtteilen des gehobenen Mittelstandes erreicht werden. Sie möchte wissen, was man beispielsweise in Chorweiler zur Steigerung der Versorgungsquote unternimmt.

Frau Gorklo-Blameuser erklärt, dass in Chorweiler die Nachfrage mit Hilfe der Stadtteilkoordination gesteigert werden konnte. Man wird die Mensen der Schulen soweit dies technisch möglich ist ausbauen, um die Schulen zu befähigen, mehr Mittagessen und damit mehr Ganztagsplätze anzubieten.

Frau Dr. Klein ergänzt, dass man zusammen mit den freien Trägern gegenüber den Eltern deutlich macht, dass es sinnvoll ist, ihre Kinder in den offenen Ganztags zu schicken und dabei auch die Befreiungstatbestände vom Elternbeitrag aufzeigt. Das gilt auch für die Kinder von Flüchtlingsfamilien.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, begrüßt die Vorlage im Namen seiner Fraktion. Bei der Verteilung auf die Stadtbezirke Chorweiler, Kalk und Mülheim sieht er noch Nachholbedarf. Er ist gespannt auf die Finanzierungsvorschläge der Fraktion DieLinke.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, fragt nochmals, wann die Nachzahlung der Erhöhung zum 01.02. erfolgt. Er habe gehört, dass die Steigerung der Plätze durch Vergrößerung der Gruppen erreicht werden soll, und bittet die Verwaltung um Stellungnahme. Im Hinblick auf die Flüchtlingskinder möchte er wissen, ob das Land seine Gelder bei Teilnahme an der Offenen Ganztagschule erhöht.

Frau Gorklo-Blameuser sagt zu, dass im Protokoll ergänzt wird, wann die Nachzahlung der rückwirkend zum 01.02. erhöhten Fördermittel erfolgt: Sie erfolgt am 13.05.2015 vorbehaltlich der Zustimmung des Rates zu dieser Vorlage. Von einer Steigerung der Plätze durch Erhöhung der Gruppenstärken ist ihr nichts bekannt. Das Land hat bereits die Gelder für Flüchtlingskinder befristet auf 1 Jahr erhöht (vgl. die Finanzierungsübersicht in Anlage 1 der Vorlage im mittleren Feld).

Herr Dr. Schlieben bedankt sich bei der Verwaltung für die detaillierte Übersicht über die einzelnen Schulstandorte. Für die Wiedervorlage im nächsten Jahr wünscht er sich noch die Ausweisung der Unterschiede zwischen tatsächlichem Bedarf und einem im Raumbestand realisierbaren Bedarf.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

1. „Der Rat beschließt gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) die Einführung des offenen Ganztages (§ 9 Abs. 3 SchulG) an der neu zu errichtenden Grundschule an dem Standort Kaisersescher Str. 5, 50935 Köln-Sülz, zum Schuljahr 2015/2016, mit der Maßgabe, dass die Landesmittel zur Förderung außerunterrichtlicher Angebote bereit gestellt werden und die Schulkonferenz sich für die Einführung des offenen Ganztags ausspricht.
2. Der Rat nimmt den insgesamt 1.400 Plätze umfassenden Mehrbedarf in den offenen Ganztagschulen im Primarbereich inklusive dem neuen Standort Kaisersescher Str. 5 zur Kenntnis und
3. beschließt, die Plätze ab dem Schuljahr 2015/2016 in dem vorhandenen Raumbestand der Schulen auf insgesamt 27.900 zu erhöhen, vorbehaltlich der Gewährung der Landeszuschüsse in Höhe von in der Regel 965 Euro je Platz bzw. 1.946 Euro je Platz, den ein/e Schüler/in mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf oder ein/e Schüler/in aus einer Flüchtlingsfamilie belegt.
4. Der Rat beschließt weiterhin, dass zum Stellenplan 2015 die notwendigen zusätzlichen 0,64 Stellen der VGr.VII, FGr. 1a BAT (Entgeltgruppe 5 TVöD) in den Schulsekretariaten sowie 1,12 Stellen mit der Besoldungsgruppe A7 ÜBesG NRW zur Festsetzung der Elternbeiträge in der Jugendverwaltung eingerichtet werden. Bis zum Inkrafttreten des Stellenplanes 2015 sind verwaltungsintern Verrechnungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Zur Finanzierung beschließt der Rat für 2015 beim Amt für Kinder, Jugend und Familie überplanmäßige Mehraufwendungen im Teilplan 0603 – Kindertagesbetreuung, Teilplanzeile 11 – Personalaufwendungen in Höhe von 31.747 Euro. Die Deckung der Mehraufwendungen erfolgt durch entsprechende Wenigeraufwendungen in gleicher Höhe im Teilplan 0301 – Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Schülerbetreuungsmaßnahmen). Der für 2015 beim Amt für Schulentwicklung im Teilplan 0301 - Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 11 – Personalaufwendungen entstehende Mehrbedarf in Höhe von 12.027 Euro wird durch Wenigeraufwendungen in gleicher Höhe im Teilplan 0301 bei Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Schülerbetreuungsmaßnahmen) im Wege der echten Deckung finanziert. Ab dem Haushaltsjahr 2016 sind jährlich Aufwendungen in Höhe von insgesamt 105.056 Euro zu veranschlagen. Die ab 2016 zusätzlich benötigten Mittel in Höhe von 105.056 Euro werden durch Ausgleichsbeträge an anderer Stelle innerhalb des Schul- bzw. Dezernatsbudgets IV kompensiert. Die haushaltsrechtliche Umsetzung erfolgt im Rahmen der Hpl.-Aufstellung 2016 ff.
5. Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, die Finanzierung der Zuwendungen an die Träger im Rahmen der Landesmittel sowie durch Veranschlagung kommunaler Mittel entsprechend der in der Beschlussvorlage dargestellten haushaltsmäßigen Auswirkungen sicherzustellen. Dabei wurde den Berechnungen auch weiterhin eine aufgrund der prekären Finanzsituation der Stadt Köln zwingend notwendige per Ratsbeschluss vom 20.05.2010 (Vorlagen-Nr. 0804/2010) zunächst nur auf den Hpl 2010/2011 bezogene Reduzierung der zusätzlichen kommunalen Mittel um 5% zugrunde gelegt. Zudem werden die seit 1.2.2011 für den Betrieb der offenen Ganztagschulen ausgeschütteten zusätzlichen Landesmittel weiterhin zur Kompensation des zusätzlichen kommunalen Anteils eingesetzt wie es der Ratsbeschluss vom 26.05.2011 vorsieht.

Der Rat legt fest, die mit Ratsbeschluss vom 08.04.2014 für das Haushaltsjahr 2015 vorgesehene darüber hinausgehende Kürzung des freiwilligen kommunalen Anteils um 2,8% für die Folgejahre zur Konsolidierung des Haushaltes fortzuschreiben.

Die mit Wirkung zum 2. Halbjahr des Schuljahres 2014/2015 sukzessiv steigende Landesförderung soll jedoch als tatsächliche Erhöhung der Betriebsmittel zur Qualitätsverbesserung an die Träger weitergegeben werden. Der im Zuge dessen ebenfalls sukzessiv steigende Pflichtanteil der Kommune wird hingegen mit dem freiwilligen kommunalen Anteil verrechnet.

In 2015 erfolgt die Finanzierung aus veranschlagten Mitteln. Im Haushaltsjahr 2016 beläuft sich der zusätzliche Zuschussbedarf dann auf insgesamt 606.100 Euro, die im Teilplan 0301, Schulträgeraufgaben, zu veranschlagen sind. Die ab 2016 zusätzlich benötigten Mittel in Höhe von 606.100 Euro werden durch Ausgleichsbeträge an anderer Stelle innerhalb des Schul- bzw. Dezernatsbudgets IV kompensiert. Die haushaltsrechtliche Umsetzung erfolgt im Rahmen der Hpl.-Aufstellung 2016 ff .

6. Der Rat nimmt den perspektivischen Bedarf in Höhe von 83% zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung damit, jährlich eine Bedarfsanalyse durchzuführen und den Mehrbedarf vor Beginn des jeweiligen Schuljahres dem Rat bekannt zu geben.“

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion gegen die Stimme der Fraktion Die Linke zugestimmt.

5 Mitteilungen

5.1 Abschlussbericht der Universität zu Köln zum iPad-Projekt an Kölner Schulen 0669/2015

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen (vgl. die Ausführungen bei TOP 0.1).

5.2 Engagement von Kölner Sportvereinen im Offenen Ganztag - ein Sachstandsbericht 0591/2015

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, lobt das Projekt und möchte wissen, ob die in der erwähnten vom Land angebotenen Fortbildung zu erwerbende B-Lizenz zwingend nötig ist.

Frau Dr. Klein verweist auf die detailliertere Vorlage mit aktualisierten Zahlen im Herbst. In dieser wird man auf diese Frage genauer eingehen und es wird dann auch eine sachverständige Mitarbeiterin für Fragen im Ausschuss zur Verfügung stehen.

Frau Artmann, sachkundige Einwohnerin (FDP), weist auf das gelungene Konzept des Heinrich-Heine-Gymnasiums zur Kooperation mit 7 Vereinen in der näheren Um-

gebung hin und bittet darum, dieses Projekt als best practise-Modell auch anderen interessierten Schulen vorzustellen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.3 Planungsstand zum Neubau des Schulgebäudes Willy-Brandt-Gesamtschule, Im Weidenbruch 214 in 51061 Köln-Höhenhaus 0631/2015

Frau Dr. Klein stellt zunächst ausführlich die Entwicklung der Kostensteigerungen an der Schule von 2009 bis heute dar. Sie warnt vor einer Neuplanung der Schule, die am Schulstandort Im Weidenbruch derzeit in der Sekundarstufe I 4-zügig und in der Sekundarstufe II 5-zügig geplant ist. Bis Ende 2016 muss die Schule ausgelagert werden, wobei die Turnhalle bis zum Neubau weiter genutzt werden kann. Die Fertigstellung der neuen Schule ist für Ende 2021/Anfang 2022 geplant.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, ist froh, dass die beiden Dreifach-Sporthallen an der Schule weiterhin nutzbar sind. Er bittet darum, bei der Auslagerung die besonderen pädagogischen Konzepte der Schule zu berücksichtigen. Das vorhandene pädagogische Zentrum wird aktuell fast jedes Wochenende für große Veranstaltungen in Höhenhaus genutzt. Hierfür müsse dringend eine Ersatzlösung gefunden werden.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), sieht die Vorlage als Beispiel dafür, dass sich an den Planungsprozessen bei der Stadt Köln grundsätzlich etwas ändern muss durch bessere Absprachen der Ämter untereinander.

Frau Halberstadt-Kausch, SPD-Fraktion, möchte wissen, wieso bei der vorhandenen Planung erst so spät mit der Realisierung angefangen werden kann. Der Zeitraum der Auslagerung der Schule sollte möglichst kurz gehalten werden.

Frau Dr. Klein wiederholt, dass sie eine Arbeitsgruppe zur Beschleunigung im Schulbau einberufen hat, um die Verfahren zu beschleunigen. Sie wird auch diese Schule dort mit auf die Tagesordnung nehmen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.4 Anmeldezahlen an den weiterführenden Schulen zum Schuljahr 2015/2016 1165/2015

Herr Dr. Schlieben dankt der Verwaltung für die informative Mitteilung und bittet auch zu dieser im folgenden Jahr darzustellen, wo der Bedarf aus den Stadtbezirken kommt und wo er von anderer Seite kommt.

Herr Wirth, sachkundiger Einwohner (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), fragt nach, ob der vorhandene Platz an den Hauptschulen für die Seiteneinsteigerklassen genutzt wird.

Herr Pannes, sachkundiger Einwohner (Die Linke), erklärt, dass mit dieser Mitteilung die erste der in der Anfrage unter TOP 2.2.5 gestellten Fragen beantwortet wird und bittet um die Beantwortung der 4 weiteren Fragen zur nächsten Sitzung. Er weist

darauf hin, dass in Köln 700 Gesamtschulplätze fehlen, während an allen anderen weiterführenden Schulformen überzählige Plätze vorhanden seien.

Frau Dr. Klein weist zunächst darauf hin, dass die Anlage zu dieser Mitteilung wegen einem Fehler auf der Seite zur Hauptschulübersicht/Gesamtschau aktualisiert wurde und in der überarbeiteten Fassung auch als Tischvorlage vorliege. . Sie findet es interessant, dass erneut 700 Gesamtschulplätze fehlen, obwohl in der Innenstadt und in Mülheim zahlreiche zusätzliche Plätze bei dieser Schulform gebildet wurden: Je mehr Angebot geschaffen wird, desto mehr erhöht sich auch die Nachfrage. Die Gymnasien sind voll und haben im Bestand 23 Mehrklassen gebildet. Über die Aufnahme entscheiden die Schulleitungen, aber es mussten 2 Verteilkonferenzen zur Bildung von Mehrklassen durchgeführt werden, um alle Schüler/innen unterzubringen. Die Gymnasien haben demnach keine überzähligen Plätze mehr. Die Kapazitäten an den Hauptschulen werden für Seiteneinsteigerklassen genutzt. Überhängenden Raumkapazitäten werden möglicherweise zur Bildung von Teilstandorten für Gymnasien und Gesamtschulen dienen.. Es ergibt sich demnach kein Standort, der aufgegeben werden könnte.

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, erinnert daran, dass ihre Fraktion im vergangenen Jahr in Chorweiler eine Dependance-Lösung angefragt hatte, die abgelehnt wurde. Das Bild in diesem Stadtbezirk ist in diesem Jahr dasselbe. Sie bittet deshalb darum, die mögliche Lösung nicht aus dem Blick zu verlieren.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), sieht es positiv als Chance an, dass die Stadt Köln nach wie vor wächst.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, fragt zum Schulzentrum Heerstraße, wo das Gymnasium zwar gut ausgelastet ist, aber Realschule und Hauptschule nur geringe Anmeldezahlen vorweisen können, ob Gründe hierfür bekannt sind. Er schlägt vor, dort eine Gesamtschule zu bilden.

Frau Dr. Klein erklärt, dass der Schulleiter der Realschule bereits um ein Gespräch gebeten hat, um diese Frage zu klären. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass die Gesamtschule vierzünftig gegründet werden kann. Das Gymnasium an diesem Standort ist aber stabil.

Herr Dr. Schlieben ergänzt, dass er bereits mit der Schule gesprochen habe. Es wird erwartet, dass bis zum Sommer weitere 30 Schüler angenommen werden, die von den anderen beiden Porzer Realschulen abgewiesen wurden. Die Frage, was mit der Hauptschule an diesem Standort passieren soll, könnte ein lange bestehendes Raumproblem vor Ort lösen. Seine Fraktion bereite zu dieser Schule einen Vorschlag vor, den sie gerne im Vorfeld mit der Verwaltung abstimmt.

Auch Frau Naegele, sachkundige Einwohnerin (SPD), hält eine Standortprüfung an diesem Ort für sinnvoll. In diesem Zusammenhang müsse man auch über eine Zügelbegrenzung für das Gymnasium nachdenken. Dependancen sind eine bequeme Lösung, aber es ist dabei zu bedenken, dass für die Bildung von Dependancen kein zusätzliches Personal zur Verfügung gestellt wird. Das wird je nach Entfernung von der Hauptstelle zu einem ernstzunehmenden Problem. Deshalb sei eine Absprache mit den Schulen vor Ort in jedem Einzelfall unverzichtbar.

Frau Dr. Klein erklärt dazu, dass die Verwaltung sich zunächst ein Bild von der Situation machen wird. Im Sommer werde man dann das Gespräch mit den Schulen

führen. Das Land habe ihr zugesagt, die Kölner Situation in Bezug auf Lehrer/innenstellen wegen der hohen Steigerungsraten nochmals zu überprüfen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

6 Anfragen

Herr Pannes, sachkundiger Einwohner (Die Linke), hat im Bericht der Schulentwicklungsplanung gelesen, dass eine **zusätzliche Gesamtschule durch die Umwandlung eines Berufskollegs in der Innenstadt** geschaffen werden könne. Er fragt nach dem konkreten Stand und nach der Zeitplanung.

Frau Habets, Evangelische Kirche, stellt eine Anfrage zur **Johannesschule in der Honschaftsstraße**: Seit Zusammenführung der Gemeinschaftsgrundschule und der Katholischen Grundschule im Jahr 2011 besteht eine Unterversorgung an OGS-Küchen und –Essraumkapazitäten. 25 Kinder werden provisorisch in einem OGS-Raum mit Mahlzeiten versorgt. Nach Absprachen mit mehreren Ämtern lag zum 30.10.2013 eine fertige Küchenplanung vor. Es gab Probleme mit der Stromversorgung, die während der Sommerferien 2014 behoben wurden. Eine Fertigstellung der Baumaßnahme wurde zum 11.08.2015 zugesichert und mehrfach bestätigt. Im Frühjahr 2015 ergab eine Untersuchung der Abwasserleitung, dass diese schadhaft war. Die an dieser Untersuchung beteiligte Ingenieurin Frau Wagner bemerkte am 27.03.2015, dass die weiteren Maßnahmen aufwändig seien, jedoch zeitlich im Bereich des Möglichen lägen. Zwischenzeitlich stieg der Bedarf an OGS-Plätzen weiter an. Weitere 43 Plätze sind zum Sommer 2015 beantragt und werden voraussichtlich vom Rat am 12.05.2015 genehmigt. Besonders dringlich ist die Betreuung der ca. 15 Flüchtlingskinder (von insgesamt 25 Kindern, die die Schule seit Mitte 2012 aufgenommen hat). Die Kinder möchten unbedingt die Nachmittagsangebote der Schule nutzen und könnten so noch schnellere Fortschritte machen. Wenn die Plätze nicht zum 01.08.2015 eingerichtet werden, können diese Kinder weiterhin nicht in der OGS angenommen werden. Die Plätze, welche im Sommer nicht von der Schule belegt werden können, werden anderweitig vergeben und können dann für das gesamte Schuljahr 2015/2016 nicht eingerichtet werden. Frau Habets möchte wissen:

- Warum wurde die Abwasserleitung so spät geprüft?
- Besteht eventuell die Möglichkeit, das Problem schnellstmöglich zu beheben, sodass eine frühzeitige Fertigstellung erfolgen kann?

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, fragt zum **Neubau des Schulzentrums Ostlandstraße**: Man hat sich bei ihr beschwert, dass die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln den Bau noch nicht ausgeschrieben habe. Sie bittet um Auskunft, warum sich die Ausschreibung so extrem verzögert und ob es möglich sei, einen schriftlichen Zeit-/Maßnahmenplan zum Gesamtprojekt vorzulegen.

Frau Dr. Klein erklärt, dass die Planung für den Schulstandort Ostlandstraße im Zeitplan ist. Der Zeit-/Maßnahmenplan könne vorgelegt werden.

Frau Artmann, sachkundige Einwohnerin (FDP), bezieht sich auf den hohen Bedarf an **psychosozialer Beratung von Schüler/innen**. Der schulpsychologische Dienst von Leverkusen bietet dazu überwiegend **kostenfreie Fortbildungen für Lehrer/innen** an. Sie fragt an, ob und ab wann ein entsprechendes Lehrer/innenfortbildungsprogramm auch vom schulpsychologischen Dienst in Köln angeboten werden kann.

7 **Verschiedenes**

Frau Volmer, Gebäudewirtschaft der Stadt Köln, beantwortet mündlich eine Anfrage aus der Sitzung vom 09.03.2015 von Frau Oedingen, sachkundige Einwohnerin (SPD), zum Sachstand der Renovierung an der Florianschule, Gemeinschaftsgrundschule Neusser Str. in Weidenpesch: Der Termin für den Abbau der Containerklassen hat sich um zwei Monate auf Ende August verschoben. Die Generalinstandsetzung des sog. Kükenhauses wird in den Sommerferien 2015 abgeschlossen und die Klassenräume werden zum Schuljahresbeginn in Betrieb gehen. Somit können dann auch die Containerklassen abgebaut, die Fläche wieder hergestellt und an die Kirche zurückgegeben werden. Die Kirche ist hierüber informiert.

Die Antwort wird zur Kenntnis genommen.

Köln, den 13.05.2015

Dr. Schlieben

Vorsitzender

Bernecker

Schriftführer

Anlage 1: Präsentation "Abschlussbericht i-Pad-Projekt" (TOP 0.1)

Anlage 2: Stellungnahme der Stadt Köln zur Anfrage der Piraten im Landtag zur Qualität im Offenen Ganzttag (zu TOP 4.7)